

Mieter unter Druck

Um ihr Haushaltsdefizit zu verringern, überlegt die Landesregierung den Verkauf der 110.000 Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG). Die Arbeitsgemeinschaft der Mietervereine Bochum, Dortmund, Witten und der Mietergemeinschaft Essen appelliert an die Landesregierung den „Bestand an öffentlich gebundenen Wohnungen“ zu halten. Sie warnen: „Ein Verkauf würde dem Land auf einen Schlag ein zentrales Instrument der sozialen Wohnungspolitik entreißen.“

In Folge solcher Verkäufe werden regelmäßig Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt. So will die Deutsche Annington Immobilien GmbH, die die ehemals bundeseigenen 65.000 Eisenbahnerwohnungen besitzt, 9.000 Wohnungen verkaufen, davon 123 in Essen. Nach dem Motto „Verkauf statt Investition“ drängt die Viterra z.B. die Mieter in den Arbeitersiedlungen in Katernberg zum Kauf ihrer Wohnungen. Ebenso privatisiert der ehemals städtische Allbau weiter.

Nicht nur die Mieter, auch die Kommunen sind davon negativ betroffen. Dazu Karin Schnittker von der Mietergemeinschaft Essen: „Ein Verkauf der LEG-Beteiligung würde darum vor allem dem Ruhrgebiet schaden. Nicht nur, dass die Hälfte der betroffenen Wohnungen hier liegt. Die LEG entwickelt auch die meisten der zahlreichen Industriebrachen und gilt im Prozess Umstrukturierung der alten Industrieregion als unverzichtbar. Wenn irgendwo Kommunen von ‚Zukunftsstandorten‘ sprechen ist regelmäßig die LEG beteiligt.“

Wohnraum zu bezahlbaren Mieten für alle Einwohner – auch daran muss den Kommunen gelegen sein. Andernfalls nämlich müssen sie „Wohnungsnotfälle“ versorgen – und das kann teuer kommen, wenn sie nicht auf günstige Wohnungen von stadtteiligen Gesellschaften zurückgreifen kann. Die Gründung kommunaler Wohnungsgesellschaften hat in diesem Interesse einen Ausgangspunkt. Daran sollten die Kommunen wieder anknüpfen, denn den erkennbaren Problemen auf dem Wohnungsmarkt gerade für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, kann anders nicht gegengesteuert werden. Wenn das Land sich schon von der LEG trennen will, so wäre eine Übernahme der Wohnungen in kommunalen Besitz eine echte Alternative zur Privatisierung.

Gabriele Giesecke

Trienekens in Essen: Kein Anlaß zur Kontrolle?

Kein Großprojekt ohne Korruption“, diesen Satz hat der Frankfurter Staatsanwalt Schuppensteiner geprägt. Der Kölner Müll- bzw. Spendenskandal hat eines gezeigt: Um den lukrativen Müllmarkt zu beherrschen haben Firmen wie Trienekens offensichtlich keine Skrupel, auch zu betrügerischen Mitteln zu greifen. Trienekens gehört zu 49 % dem RWE. Und wie sieht es in Essen aus? Alles paletti, so unisono CDU und SPD im Essener Rat. Tatsache ist, dass Trienekens und der RWE-Ableger RWE Umwelt AG bereits an drei Firmen der Essener Müllentsorgung beteiligt sind, auch wenn die Rolle des RWE durch die wenig transparente Beteiligungsstruktur der ineinander geschachtelten Unternehmen erst auf den zweiten Blick deutlich wird. Wenn die Entsorgungsbetriebe Essen (EBE) auch noch zu 49 % an Trienekens verkauft werden, kann man fast von einer Hegemonie über die Essener Müllentsorgung reden. Trienekens ist einer der zwei Bieter. Noch wird allerdings geprüft, ob es kartellrechtliche Bedenken gegen eine Beteiligung von Trienekens an der EBE gibt.

Die PDS forderte im Stadtrat die Einschaltung unabhängiger Wirtschaftsprüfer. Sie sollten nicht nur Korruptionsvorwürfe ausschließen. Vor allem sollte geklärt werden, ob sich die „beteiligten Firmen nicht ungerechtfertigte Vorteile zu Lasten des Gebührenzahlers“ verschafft haben. Immerhin steht in der Nachbarstadt Oberhausen die Recycling Firma Oberhausen (RZO), die zu 49% Trienekens gehört, in Verdacht, Sperrmüll als Gewerbemüll entsorgt und sich dabei pro Tonne 130 DM betrügerisch in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben. In Oberhausen hat die Stadt unabhängige Wirtschaftsprüfer eingesetzt.

Bis auf die PDS lehnten alle Parteien im Stadtrat eine unabhängige Prüfung ab. Nur wenige Tage später wurde bekannt, dass im Zuge des Kölner Spendenskandals auch gegen die Essener RWE-Tochter Hochtief ermittelt wird. Das RWE selbst sah sich unter dem massiven öffentlichen Druck veranlasst, unabhängige Wirtschaftsprüfer bei Trienekens und Hochtief einzusetzen.

Letztendlich fasste der Rat auf Antrag von CDU, SPD und FDP den lapidaren Beschluss, der Rat solle zeitnah über „mögliche Konsequenzen aus der aktuellen Berichterstattung“ informiert werden. Die Grünen zogen ihren weitergehenden Antrag zurück. Zustimmung fand Stadtkämmerer Zierold mit der Aussage, zunächst abzuwarten, ob die Verwicklung von Trienekens in den Spendenskandal überhaupt „vergaberechtliche“ Auswirkungen habe.

Etwas mehr Erfolg hatte der zweite Teil des Antrages der PDS, nämlich eine Verbesserung der Maßnahmen der Stadt zur Verhinderung von Korruption. Die PDS regte die Umsetzung von Vorschlägen der unabhängigen Bürgerbewegung „Transparency International“ an. Die Ratsmehrheit stimmte zwar gegen den Antrag, das Thema kommt jedoch noch einmal im Hauptausschuss auf die Tagesordnung. Mehr direkte Demokratie, mehr Transparenz und stärkere Bürgerbeteiligung wären ein effektiver Schutz vor Korruption und Vetternwirtschaft. *Gabriele Giesecke*



„Nein zum Krieg! Den Frieden vorbereiten!“ Über 100 Radler strampelten sich bei der Ostermarsch-Etappe vom Willy-Brandt-Platz in Essen nach Bochum-Langendreer ab. Entgegen anderslautenden Pressemeldungen waren auch das mehr Teilnehmer/innen, als letztes Jahr – sicherlich auch wegen der zugespitzten Situation in Palästina. Für das Friedensforum redete Ralf Fischer, frischgebackener Direktkandidat der PDS im Bundestagswahlkreis Essen-Süd-West (siehe auch S. 2).

Unkalkulierbare Gewaltspirale stoppen USA drohen den nächsten Gegnern – auch mit nuklearen Mitteln

Das Friedensforum protestierte mit einer Aktion am 23.3.2002 in der Essener Innenstadt gegen die Drohungen der USA gegen den Irak. Die Aktion diente auch der Mobilisierung zum Ostermarsch. Den folgenden Beitrag trug Juliane Pilz (DFG-VK) dort vor.

Vor einem halben Jahr, nach den Terroranschlägen auf das World-Trade-Center in New York und auf das Pentagon in Washington erklärte US-Präsident Bush: „Unser Krieg gegen den Terror beginnt mit der Al Quaida, aber endet nicht dort. Er wird nicht aufhören, ehe sämtliche Terroristengruppen mit weltweiter Reichweite niedergelassen sind. Nicht bloß eine Schlacht, sondern ein langandauernder Feldzug, wie wir ihn bisher noch nie erlebt haben.“

Seit zehn Tagen wissen wir, dass dieser langandauernde Krieg auch mit dem Einsatz von Atomwaffen geplant wird. In einem Geheimpapier des Pentagon, das ... durch die *New York Times* bekannt gemacht wurde, heißt es, dass die USA neue Nuklearwaffen entwickeln wollen, um sie gegen Terroristen und Feinde der US-Politik einzusetzen. Wer der nächste Feind ist, der mit Krieg überzogen werden soll, steht schon seit langem fest: der Irak. Am letzten Mittwoch erklärte der britische Verteidigungsminister, dass Großbritannien auch zu einem Einsatz von Atomwaffen gegen den Irak bereit sei ...

Die neue Nuklearstrategie der USA sieht drei Aufgaben für den Einsatz von Atomwaffen vor:

- die Bekämpfung von Zielen, die durch konventionelle Waffen nicht getroffen werden können, z.B. tief verbunkerte Anlagen, unterirdische Gänge oder unzugängliche Schluchten;
- ... überraschende militärischer Entwicklungen ..., etwa bei einem irakischen Angriff auf Israel oder
- als Antwort auf einen Angriff mit ABC-Waffen.

Die Drohung der US-Regierung geht weit über alles hinaus, was im Kalten Krieg möglich war. Selbst der Herausgeber des „Spiegel“ jammert: „Wo sind die schönen Zeiten hin, da dem mächtigen Staat Amerika in Gestalt der Sowjetunion ein fast ebenso starker Kontrahent gegenüberstand?“

Atomwaffen sollen in Zukunft wie konventionelle Waffen gegen Terrornetzwerke oder Staaten eingesetzt werden können, auch wenn diese selbst keine

Massenvernichtungsmittel besitzen. Sie sind zum Einsatz gegen Staaten geplant, die sich der US-Allianz gegen den Terror nicht angeschlossen haben. Aber selbst die beiden nuklearen Großmächte Russland und China sind vorsorglich auf der Erstschatzliste aufgeführt.

Insgesamt sind 70 (!) Staaten und 1.400 (!) potentielle Ziele im Visier der Atomkriegsplanung der USA. An erster Stelle stehen Irak, Iran, Nordkorea, Syrien und Libyen – die altbekannten und so genannten „Schurkenstaaten“.

Mininukes – atomare Bomben, Artillerie, Raketen oder Minen – sollen neu entwickelt werden. Sie sollen den USA ermöglichen, gehärtete und unzugängliche Ziele zu verstrahlen, ohne große Sachschäden zu erzeugen ... Der Vorläufer dieser neuen Atomwaffen ist die Neutronenbombe, „die Perversion des Denkens“, wie der SPD-Politiker Egon Bahr sie damals bezeichnete. ... Der Verteidigungsminister, der die Neutronenbombe damals unbedingt einführen wollte, ist derselbe, der heute die *Mininukes* entwickeln will: Donald Rumsfeld.

Mit der Nukleardoktrin für den Kampf gegen den Terrorismus sind alle Rüstungsbegrenzungs- und Kontrollverträge nichtig, die im Kalten Krieg die Eskalation von Konflikten zum Massenvernichtungskrieg verhindern sollten. Der Atomwaffensperrvertrag wird unterlaufen. Der Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen hat keine Grundlage mehr und der illegale oder legale Handel mit Massenvernichtungstechnik wird angeheizt. Gegen den sicheren nuklearen Rüstungswettlauf, den die USA damit wieder anheizen, wird die neue Raketenabwehr entwickelt ...

Bundeskanzler Schröder und seine rot-grünen Verteidigungsexperten sehen noch immer keinen Anlass, ihre Solidarität in Frage zu stellen ... Niemand der zuständigen Experten weiß, was Bluff ist und was ernsthafte Drohung. Aber überzeugt sind sie, dass die Bundesrepublik und Europa längst nicht mehr gegen den nächsten Krieg der USA sein können: Dafür bürgen unsere Streitkräfte, die für diesen Krieg längst in Position gebracht sind: Die Spezialkräfte für Massenvernichtungsmittel in Kuwait und die Seestreitkräfte am Horn von Afrika. Sie stehen Gewehr bei Fuß ...

Die Warnungen der Friedensbewegung vor der unkalkulierbaren Gewaltspi-

rale, die der militärische Kampf gegen den Terrorismus in Gang setzt, erfüllen sich schneller und beängstigender, als alle gehofft haben. Sie muss gestoppt werden. Wir müssen aussteigen, ehe aus dem Abenteuer von Rot-Grün ein neuer Krieg Millionen Menschen vernichtet, in die Flucht treibt und die ganze Nahost-Region ins Chaos stürzt!

Deshalb Aufstehen gegen den nächsten Krieg, protestieren gegen die deutsche Beteiligung – auf dem Ostermarsch und mit dem Ostermarsch 2002!

AUCH IN ESSEN:

B. 90/GRÜNE SEHEN IN GEWALT MITTEL DER POLITIK

Es war eine Premiere, dass sich die Essener Grünen in diesem Jahr erstmals vom Ostermarsch heftig distanziert haben. „Ausgrenzend“ sei der Aufruf, weil es darin heißt, die Bundesregierung werde zu einer Angriffsarmee umstrukturiert. „Derart pauschale Vorwürfe, die unserer Einschätzung total widersprechen, können wir nicht akzeptieren und demzufolge auch nicht unterstützen“, so der neu gewählte Kreisverbandssprecher Thomas Rommelspacher (MdL). Und in Afghanistan habe die Politik der rot-grünen Bundesregierung Weichen gestellt, „die hoffentlich eine friedliche und demokratische Entwicklung einleiten“.

Ähnliche Aussagen, wie die beanstandeten, gab es auch in den letzten Jahren in den Aufrufen zu den Ostermärschen. Insofern hat die Distanzierung des Kreisverbandes von B. 90/Grüne wohl eher innerparteiliche Gründe. „Offensichtlich vollziehen die Grünen in Essen jetzt ihre bundesweite Programmdiskussion nach. In ihrem neuen Programm schließen sie Gewalt als Mittel der Politik nicht mehr aus. Damit stehen sie tatsächlich im Gegensatz zu wesentlichen Zielen der Friedensbewegung“, erklärte PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke in einer Pressemitteilung.

Vertreter des Essener Friedensforums wiesen zu Recht darauf hin, dass die Grünen sich schon in den letzten Jahren kaum noch an den Ostermärschen beteiligt haben. Erstaunlich ist vielleicht das Tempo, mit dem der Wandel in Essen jetzt vor sich geht: Thomas Rommelspacher rechtfertigt mit seinen Aussagen zu Afghanistan ja auch die Bombardierungen Afghanistans, die er zusammen mit der Mehrheit des Kreisverbandes vor noch nicht einmal einem halben Jahr heftig kritisiert hatte.

Wolfgang Freye

METRORAPID SONNTÄGLICHE BEGEGHUNGEN DER TRASSE

Die Bürgerinitiative Contrarapid lädt an drei Sonntagen zu Begehungen der geplanten Metrorapid-Trasse durch Essen ein. Man kann schon jetzt davon ausgehen, dass die Begehungen insbesondere für viele Anwohner/innen neue „Erkenntnisse“ bringen werden. Denn der Metrorapid wird in Essen – wenn er durchgesetzt wird – nicht nur auf dem bestehenden Bahngleiskörper verlaufen können, wie die Machbarkeitsstudie nahe legt. Dafür reicht die vorhandene Breite nicht aus. Statt dessen sind vermutlich Kleingärten, Häuser und auch einzelne Firmen gefährdet, abgesehen von den jahrelangen Belästigungen durch Bauarbeiten.

Die erste Begehung war bereits am Sonntag, 7.4.2002, im Essener Westen. Die zweite Begehung ist am Sonntag, 14.4.2002, vom Hauptbahnhof nach Frillendorf. Treffpunkt 11.00 Uhr am Service-Point Essen Hauptbahnhof. Die dritte Begehung ist eine Woche später am 28.4.2002 von Frillendorf zum Mechtenberg. Treffpunkt 11.00 Uhr Ernestinenstraße an der Brücke über die DB-Strecke.

Die Trassenbegehungen werden von der Bürgerinitiative Contrarapid Essen veranstaltet und von B. 90/Die Grünen, dem Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), dem Fahrgastverband Pro Bahn, der PDS, dem Runden Umweltschub Essen und dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) unterstützt.

Über das Büro der PDS-Ratsgruppe kann übrigens kostenlos die Broschüre „Transrapid, Chinarapid, Metrorapid – Hochsubventionierte Wege in eine verkehrspolitische Sackgasse“ von Winfried Wolf, Verkehrspolitischer Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion, angefordert werden. Anruf genügt – Tel. 0201-8602904. (wof)

BEZIRKSVERTRETUNG III E.-WEST ARBEITSKREIS KINDERRAT GEBILDET

In der Bezirksvertretung III lehnte die CDU mit einer zufälligen Stimmenmehrheit die von der PDS beantragte und von SPD und Grünen unterstützte Bildung eines Arbeitskreises zur Einrichtung eines Kinderrates im Essener Westen ab. Trotzdem hat sich jetzt nach einer gut besuchten, interessanten Diskussionsveranstaltung der PDS-Stadtteilgruppe ein Arbeitskreis gebildet – wenn auch zunächst ohne „höheren Segen“. Die Initiator/innen wollen nicht nur „über“, sondern mehr mit Kindern reden und diese stärker in politische Entscheidungen einbeziehen. Bei einem ersten Treffen des Arbeitskreises wurde das weitere Vorgehen besprochen. Da inzwischen viele Schulklassen das Kinderforum im Rathaus besucht haben, will der Arbeitskreis gerade die Kinder ansprechen, die dort erste Erfahrungen mit Politik

gesammelt haben. Ein erster Termin für einen Kinderrat soll kurz nach den Sommerferien stattfinden. Bis dahin soll insbesondere mit interessierten Lehrer/innen eine Planung erarbeitet und für das Projekt geworben werden. Auch die positiven Erfahrungen des Kinderrates in Altenessen-Karnap sollen



Wolfgang Freye, PDS-Bezirksvertreter im Essener Westen

dabei einbezogen werden.

Das nächste, öffentliche Treffen des Arbeitskreises ist am Dienstag, 23. April 2002, 17.00 Uhr im Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstr. 8. (wof)

BEZIRKSVERTRETUNG II UND AM WOCHELENDE GEHT MUTTI INS GESCHÄFT?

Die PDS-Gruppe hat die erneute Ausweitung der Ladenöffnungszeiten an Wochenenden abgelehnt. Nach den Beratungen im Ordnungsausschuss, in den Bezirksvertretungen und – am 27.2.2002 – im Rat sollen die Geschäfte in diesem Jahr in der Innentadt an sechs Samstagen und in einzelnen Stadtteilen an acht Samstagen bis 18.00, 19.00 oder sogar 20.00 Uhr geöffnet bleiben. Des Weiteren wurden in den Stadtteilen 16 Sonntagsöffnungen genehmigt. Das führt zu zusätzlichen, unzumutbaren Belastungen für die Verkäufer/innen.

Die Begründungen für die Sonderöffnungen sind zum Teil haarsträubend. In Frintrop muß am Samstag, 9.11., ein im letzten Jahr als nicht genehmigungsfähig angesehenes Martinszug für die Öffnung der Geschäfte erhalten. In Holsterhausen soll der „Bunte Herbst“, der seit vielen Jahren samstags stattfindet, auf zwei Tage ausgedehnt werden, in Rüttenscheid das Rü-Fest und der „historische Markt“. Gleichzeitig soll der Beginn des Weihnachtsmarktes in der Innentadt trotz der Kritik der Kirchen noch weiter auf den 16.11. vorverlegt werden.

Es ist offensichtlich, dass einige Anlässe nur geschaffen wurden, um die Schutzvorschriften des Ladenschlussgesetzes zu unterlaufen. Trotzdem durchlief die Vorlage die

meisten Bezirksvertretungen reibungslos. Im Rat stimmten PDS und einige Grüne Ratsmitglieder dagegen.

Etlliche Bezirksvertreter haben die Hoffnung, dadurch die Stadtteile etwas beleben zu können – sie ist trügerisch, denn in einer Konkurrenz mit CentrO oder Rhein-Ruhr-Zentrum werden die Stadtteile immer nur zweite Sieger bleiben. Immerhin lehnte die Bezirksvertretung II die Vorlage nach Intervention von PDS-Bezirksvertreterin Nina Eumann wegen offensichtlicher Ungereimtheiten ab. (wof)

TERMINE TERMINE TERMINE

Dienstag, 9.4.

Das Sondergericht Essen. Vortrag von Dr. F. Roeser im Rahmen der Ausstellung „Justiz im Nationalsozialismus“. 19.00 Uhr, Landgericht Essen, Zweigertstr. 52
Wie weiter nach PISA? Forum der Reihe Essen kontrovers zur Gründung von entsprechenden Initiativen. 19.00 Uhr, Volkshochschule, Hollestr. 75

Mittwoch, 10.4.

PDS-Treff. 19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

Montag, 15.4.

PDS-Ratsgruppe. 19.00 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Dienstag, 16.4.

Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest der Welt. Veranstaltung der Reihe „Globalisierung, Krieg und Terror in der neuen Weltordnung“ mit Dr. Gazi Caglar (Uni Hannover). 20.00 Uhr, Zeche Carl, Wilh.-Nieswandt-Allee 100
Rechte der Mieter im Zusammenhang mit der Fehlbelegungsabgabe. Veranstaltung der Mietergemeinschaft Essen mit Verwaltung und Rats-Politikern. 19.00 Uhr, Grend, Westfalenstr. 311

Dienstag, 17.4.

Der perfekte Mord. Film von Giordano Bruno mit anschließender Diskussion mit dem Autor im Rahmen der Reihe „Justiz im Nationalsozialismus“. 18.00 Uhr, Eulenspiegel-Filmtheater, Steeler Str. 208–212
Pro Asyl/Flüchtlingerrat. 19.00 Uhr, Intern. Solidaritätszentrum/Anti-Rassismus-Telefon, Maxstr. 11

Montag, 22.4.

PDS-Ratsgruppe. 19.00 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Montag, 29.4.

PDS-Ratsgruppe. 19.00 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Mittwoch, 1.5.

1. Mai 2002 – Globalisierung gerecht gestalten. Demonstration des DGB mit anschließender Kundgebung. 10.00 Uhr, Frohnhauser Markt (Kundgebung 11.15 Uhr Kennedy-Platz)
United Cultures – 20 Jahre Internationales Kulturfest zum 1. Mai. Ab 14.00 Uhr, Zeche Carl

Montag, 6.5.

PDS-Ratsgruppe. 19.00 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

ver.di und attac: Gesundheit ist keine Ware

Zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Gesundheit ist keine Ware“ hatten attac Essen und die Gewerkschaft ver.di am 21. März in die VHS eingeladen. Sylvia Bühler, Leiterin des Fachbereiches Gesundheit und Soziales von ver.di NRW, und Daniel Kreutz, Bundes AG Gesundheit/Soziale Sicherung von attac gaben den Anwesenden eine Einführung in das Problem.

Viel wird von gestiegenen Kosten in der Gesetzlichen Krankenversicherung gesprochen. Damit wird die Gesundheitsreform begründet. Daniel Kreutz von attac stellte dazu fest, dass die „Kostenexplosion“ eine Fata Morgana ist. Offizielle Daten belegen, dass die Ausgaben der Krankenversicherungen in den letzten 20 Jahren keinesfalls nennenswert angestiegen sind, gerade mal um 0,2 % gemessen am Bruttoinlandsprodukt.

Er und Sylvia Bühler verwiesen darauf, dass schon heute Patienten Verordnungen und Behandlungen verweigert werden, begründet mit Sparzwängen. Ein erster Ausblick auf die neue Gesundheitsreform 2003 fragten beide? Es darf nicht sein, dass das solidarische Ge-

sundheitswesen der Bundesrepublik dem schnöden Mammon geopfert wird. Die Menschen müssen mobilisiert werden, damit nicht das gleiche passiert wie bei der letzten Gesundheitsreform. Ver.di und attac wollen ein solidarisches, paritätisch finanziertes, öffentlich getragenes Gesundheitssystem für alle, was besonders in den drei Grundsatzforderungen von ver.di zum Ausdruck kommt. Ein Gesundheitssystem einer solidarischen Gesellschaft, statt ein Recht auf Gesundheit nur für die, die es sich leisten können.

Zur Finanzierung kamen von attac die folgenden Vorschläge:

- Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze,
- Ausdehnung der Gesetzlichen Krankenversicherung auf alle zu einer Erwerbstätigenversicherung,
- Unternehmen mit eigener Wertschöpfung miteinbeziehen,
- bei der Beitragspflicht auch Vermögen mit einbeziehen.

Auf das Wichtigste wiesen beide noch einmal zum Schluss der Veranstaltung hin. Die Betroffenen müssen selbst handeln und öffentlich sagen: Schluss jetzt!

H.-J. Schwartz

DIE SCHLISSUNG DES FLUGHAFENS ESSEN-MÜLHEIM BESTÄTIGT

Bereits 1990 hat der Essener Stadtrat einen eindeutigen Beschluss gefasst: „Die derzeitige Nutzung des Geländes Flugplatz Essen/Mülheim soll aufgegeben werden.“ Nach jahrelangem Rechtsstreit, der ein Weiterbestehen des Flugplatzes bis zum Auslaufen der Verträge mit der Flugschule ergab, nahm vor kurzem der Mülheimer Stadtrat seinen Schließungsbeschluss zurück. Auch der Aufsichtsrat sprach sich für eine Überprüfung dieses Konzepts aus – mit den Stimmen der Vertreter des Essener Stadtrates.

Bereits in der Februar-Sitzung des Rates hat die PDS deshalb einen Antrag gestellt, der die Aufsichtsratsmitglieder dazu aufforderte, in einem Bericht zu erklären, warum sie sich nicht an die Beschlusslage des Rates gehalten haben, und gleichzeitig die Forderung nach schnellstmöglicher Schließung des Flugplatzes bekräftigen sollte. Auf Antrag der CDU sich, bei Enthaltung von B. 90/Die Grünen, mit dem PDS-Antrag nicht befasst. Immerhin war der Antrag nicht ganz zwecklos: CDU-Ratsherr Kersting begründete die Nicht-Befassung damit, dass für die CDU klar sei, dass der alte Schließungsbeschluss steht.

Die in Haarzopf vorhandene Verunsicherung ist damit allerdings nicht vom Tisch. Denn ein Geschäftsflughafen wäre der erste Schritt zu einem Regionalflughafen, wie er von Unternehmerverbänden gefordert wird – keine 25 km vom Großflughafen Düsseldorf entfernt.

Die PDS forderte deshalb die Entwicklung eines Konzeptes für alternative Nutzungsmöglichkeiten für das Flughafengelände. Die Randgebiete des Flughafens könnten auch vor einer endgültigen Schließung anders genutzt werden.

Wolfgang Freye

Stadtflucht und Flächenfraß

Eigentlich sollte man denken, diese beiden Erscheinungen stünden sich gegenüber.

Das neue Wohnungsbauprogramm 2001–2003 der Stadt Essen schafft jedoch beides: Stadtflucht und Flächenfraß. Essen verliert Einwohner, vermutlich 73.000 bis zum Jahr 2015, so die Berechnungen des RWI. Aber nicht nur Essen allein. Das Ruhrgebiet insgesamt wird bis 2005 etwa 380.000 Einwohner verlieren. Um dieser Entwicklung entgegen zu arbeiten, hat die CDU vor, bis zum Jahre 2003 für mehr als 6.100 Wohneinheiten Baurecht zu schaffen. Auf 69 Flächen mit insgesamt knapp 295 ha und in der altbewährten „Reihenhauschachtel-Einheitssiedlung“. Der Beirat der Unteren Landschaftsbehörde hat sich deutlich gegen dieses Wohnungsbauprogramm gewandt. Im folgenden einige der wichtigsten Argumente:

Es gibt keine gesicherten Erkenntnisse, ob die geplanten Maßnahmen den Einwohnerverlust stoppen können. Allein das übermäßige Angebot an Eigenheimen wird nicht dazu führen, dass mehr Menschen nach Essen ziehen oder einen geplanten Wegzug aufgeben, denn – so eine Untersuchung der Stadtverwaltung – gaben 35% als Hauptmotiv für den Wegzug private Gründe an, 31% berufliche und ein weiteres Drittel nannte das Wohnumfeld, vor allen Dingen mangelnde Grünflächen. Nur 18% der Weggezogenen kaufen eine Eigentumswohnung oder ein Eigenheim im Umland.

Auch die geplante Größenordnung, 6.100 Wohneinheiten in nur drei Jahren, erscheint viel zu hoch. In Düsseldorf wurden in

den letzten sieben Jahren im Durchschnitt 220 Ein- und Zweifamilienhäuser gebaut, eine realistischere Einschätzung.

Erheblich ist jedoch der Flächenverlust in den nächsten Jahren in Essen. Neben dem Wohnungsbauprogramm mit 295 ha., dem Kruppschen Gürtel mit 200 ha., dem Gewerbebauprogramm mit 230 ha. verliert die Stadt Essen über 700 ha. Fläche, vornehmlich Ackerflächen und Wald. Rechnet man den Berliner Platz mit 12 ha. und den Neuen Golfplatz Heidhausen hinzu, sind es insgesamt 814 ha. Die Versiegelung nimmt in bisher nicht gekanntem Ausmaß zu und für den Naturhaushalt (Pflanzen und Tiere, Klima, Grundwasser etc.) sind gravierende negative Auswirkungen absehbar. Die jährlich zubetonierte Fläche in Deutschland ist so groß wie München. Es gehen täglich 120 ha. (entspricht 150 Fußballfeldern) verloren. Den Flächenverbrauch in Deutschland wollte die CDU in einem Wahlprogramm in den 1980er Jahren auf 30 ha. pro Tag verringern. Daran sollte sich die Essener CDU vielleicht erinnern.

Wohnbauentwicklungsprogramme müssen mit den Bürgern in den einzelnen Bezirken gemeinsam geplant werden. Eine Lösung der Wegzugsbewegung aus den Revierstädten kann nur durch gemeinsames Handeln in der Region gelingen.

Einwohnerverlust und Flächenfraß. Dieses Kunststück sollte man nun wirklich nicht zulassen. In der Gustav-Heinemann-Schule in Schonnebeck liegen im April die Bebauungspläne für Zollverein X aus. Heinrich Hellwig

Bestellschein: Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das **STADTROTINFO** kostenlos und unverbindlich an folgende Anschrift:

Name, Vorname

Straße

PLZ / Ort

(Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201 / 860 29 04)